

Probleme erkannt, aber nicht gebannt

Podiumsdiskussion im Bad Säckinger Marienhaus zum Thema Pflege / Bürokratie und schlechte Bezahlung sind zentrale Punkte.



Winfried Plötze, Helena Dyck, Sabine Hartmann-Müller, Thaddäus Kunzmann und Rolf Steinegger (von links) diskutierten am Mittwochabend über das Thema Pflege. Foto: Michael Gottstein

Von Michael Gottstein

BAD SÄCKINGEN. Eine gute Pflege sicherzustellen, gehört zweifellos zu den großen Herausforderungen der Gegenwart und erst recht der Zukunft. Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller hatte daher zu einer Podiumsdiskussion in das St.-Marien-Haus geladen.

Bürgermeister Alexander Guhl nannte in seiner Begrüßung eines der zentralen Probleme, das die Arbeit der Pflegekräfte erschwert: die Bürokratie. Dass der Pflegebedarf hoch sei, zeige sich darin, dass die 80 Plätze im Marienhaus belegt seien. Obwohl das Haus die Heimbauverordnung nicht erfülle, dürfe es dank einer Ausnahmegenehmigung bis 2021 weiterarbeiten; dann wird die Einrichtung in den Gesundheitscampus ziehen.

Fachkräftemangel wird noch größer.

Der Demografiebeauftragte des Landes, Thaddäus Kunzmann, stellte keine erfreulichen Perspektiven in Aussicht: Wenn in etwa 15 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, wird der Fachkräftemangel noch größer. Zwar wächst die Bevölkerung in Baden-Württemberg, und auch das Stadt-Land-Gefälle ist hier nicht so ausgeprägt wie in anderen Bundesländern. Dennoch „lässt sich der Fachkräftemangel ohne Zuzug nicht beheben“. Allerdings sei Osteuropa vom demografischen Wandel noch stärker betroffen - die „polnische Pflegekraft“ werde es in 20 Jahren wohl nicht mehr geben. „Wir sollten uns Gedanken über eine länger Lebensarbeitszeit machen, und es würde auch helfen, über den Wegzug zu diskutieren“, so Kunzmann. Vor allem höher qualifizierte Menschen wanderten ins Ausland ab, etwa in die Schweiz. Als Maßnahmen schlug er den Bau altersgerechter Wohnungen, mehr Mobilitätsangebote für Ältere sowie bessere Quartiersarbeit vor.

Menschliche Wertschätzung

Bei der Podiumsdiskussion mit Helena Dyck, Botschafterin der Pflege 2019, Winfried Plötze, Landesgeschäftsführer der Barmer-Krankenkasse, und Rolf Steinegger, Geschäftsführer der Caritas-Sozialstationen Hochrhein, versuchte die Abgeordnete, die Leistungen der Landesregierung positiv hervorzuheben. Sie verwies auf eine Enquete-Kommission, „die bereits 600 Maßnahmen erarbeitet hat“, auf die Neuregelung der Anschlussbehandlung von Krankenhaus-Patienten oder auf die Neuregelung der Ausbildung von Pflegekräften. Helena Dyck meinte, die Pflege präsentiere sich schlecht in der Öffentlichkeit, denn viele Menschen wüssten nicht, welche Kompetenzen die Pflegekräfte hätten. „In diesem Beruf erfährt man menschliche Wertschätzung“, sagte die Botschafterin, die in die Schulen geht und den Kindern erzählt, was Pfleger und Pflegerinnen alles leisten.

Personal wird bevormundet

Das Bemerkenswerte an der Veranstaltung war, dass viele neuralgische Punkte erst in der Diskussion mit den etwa 40 Besuchern zur Sprache gebracht wurden. So stellte Sozialdezernentin Sabine Schimkat die wohl rhetorisch gemeinte Frage, ob „wir nicht zu spät dran sind“. Die Antwort der Abgeordneten - „Die Einrichtungen müssen ausbilden, ausbilden, ausbilden“ - erntete Gelächter und Zwischenrufe wie „Wo sollen wir denn die Leute herbekommen?“ Worauf Hartmann-Müller meinte, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse im Pflegebereich müsse schneller vorstattengehen.

Plötze kritisierte, dass zu viele junge Menschen dazu gedrängt würden, an Hochschule zu studieren - mit der Folge, dass die Abbrecherquote 30 Prozent betrage. Man solle daher für Ausbildungsberufe werben. Ein Besucher, der seit 30 Jahren in der Pflege arbeitet, sprach zwei zentrale Probleme an: Einmal die Bürokratisierung, die zur „Bevormundung und Überforderung des Personals“ führe: Mit ihm seien 30 Kollegen in der Ausbildung gewesen, doch heute arbeiteten nur noch zwei in der Pflege. Der andere Punkt sei die Bezahlung. Steinegger wies darauf hin, dass eine Pflegekraft einen Tariflohn von 3400 bis 3600 Euro brutto bekomme, aber erst dank hartnäckiger Nachfragen des Pflegers erfuhre das Publikum, dass viele Häuser privatisiert worden sind und sich aus der Tarifbindung verabschiedet hatten. „Ein Mindestlohn in der Pflege muss her.“ Plötze versicherte, dass die Politik das Problem erkannt habe.

Nur das Allernötigste wird erledigt

Der Leiter der Bad Säckinger Sozialstation erklärte, die Pflegekräfte könnten aufgrund ihrer Kompetenzen viel mehr für Prävention tun; aber die wenigen Minuten, die von den Versicherungen honoriert würden, reichten gerade einmal aus, um die Medikamente zu verabreichen und das Allernötigste zu tun. Aus dem Publikum kam auch eine radikale Forderung zum Bürokratieabbau: „99 Prozent der Kassen sollten fusionieren.“ So blieb am Ende der Diskussion die Frage offen, weshalb zentrale Probleme wie die Bürokratisierung in der Pflege der Politik offenbar seit Jahren bekannt sind, aber bis jetzt nicht befriedigend gelöst wurden.